

Gemeinden nicht direkt überfliegen

FLUGLÄRM Umweltbundesamt spricht sich bei Infoveranstaltung für Nachtflugverbot aus

Von
Gisela Zurmühlen

KLEIN-WINTERNHEIM. Das Thema Fluglärm beschäftigt Klein-Winternheim und Rheinhessen schon seit Jahren. Bereits 1999 hatte Ortsbürgermeisterin Ute Granold zu einer ersten Informationsveranstaltung eingeladen. Damals war die Resonanz noch gering, doch gestern blieb bei der Podiumsdiskussion zum Flughafenausbau und zur Festlegung der Flugrouten in der Haybachhalle kein Stuhl mehr frei. Denn in der Zwischenzeit hat sich die Anzahl der Flugbewegungen deutlich erhöht, die Lärmbelastung ist spürbar gestiegen – und die Aussichten auf die Zeit nach der Inbetriebnahme der neuen Landebahn sind alles andere als rosig. 365 Tage Fluglärmbeschallung mit maximal 900 000 Flugbewegungen stehen im Raum. Und: bei allen vorgestellten Flugroutenvarianten sind Ober-Olm und Klein-Winternheim zu 100 Prozent betroffen. „Es reicht!“, war da-

her die Haltung des Publikums.

Denn dass Lärm krank macht, ist mittlerweile anerkannt. Dies lasse sich anhand mehrerer, voneinander unabhängiger medizinischer Studien zweifelsfrei belegen, erklärten Dr. René Weinandy, Fachbereichsleiter „Lärm und Verkehr“ vom Umweltbundesamt (UBA) in Dessau, und Dr. Thomas Münzel, Leiter der II. Medizinischen Klinik und Poliklinik Mainz. Die Gesundheit sei ein hohes Gut, das nicht aufgewogen werden könne. Der Schutz der Menschen müsse daher gewährleistet sein. Ein Nachtflugverbot sei aus der Sicht des UBA unabdingbar, betonte Lärmexperte Weinandy. Da das UBA jedoch nur beratende Funktion habe, sei unklar, ob sich diese Einschätzung durchsetzen lasse.

„Mit der Flugroutenfestlegung entscheidet die Deutsche Flugsicherung darüber, wer zukünftig Depression, Schlaganfall oder Herzinfarkt bekommt. Die Politik muss einschreiten. Die neue Landebahn ist nur unter massi-

STELLUNGNAHMEN

► **Rosemarie Müller**, Vorsitzende der SPD-Fraktion im VG-Rat Nieder-Olm, schreibt in einer Pressemitteilung: „Die rheinhessischen Gemeinden sollten alle Hebel in Bewegung setzen und sich **gemeinsam** gegen die überfallartig aufkotroierten Flugrouten **wehren**. VG-Bürgermeister Ralph Spiegler, Kreis und Land werden aufgefordert, massiv gegen die bei Westwind vorgesehene Abflug-Südumfliegung vorzugehen.“ Auch ein Nachtflugverbot sei einzufordern.

► **MdB Michael Hartmann** (SPD) kritisiert in einem Brief die **Informationspolitik** der Deutschen **Flugsicherung**: „Ihr durch

die Tagespresse dokumentiertes Handeln ist lediglich dazu geeignet, alle Beteiligten aufzubringen und die Betroffenen weiter zu verunsichern. Das ist absolut inakzeptabel.“

► **Ulrich Steinbach**, Direktkandidat von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 30, warnt davor, dass sich die Gemeinden in Rheinhessen in der Diskussion um die Flugrouten gegeneinander und gegen ihre rechtsrheinischen Nachbarn **ausspielen** ließen: „Der Flugverkehr muss primär unter der Vorgabe **optimalen Lärmschutzes** gelenkt und auch beschränkt werden, dagegen müssen die ökonomischen Interessen zurücktreten.“

ven Auflagen zuzulassen“, forderte Professor Münzel eindringlich.

„Die Auswirkung des Lärmschadet unserer Gesundheit, das ist ein Eingriff in unsere Grundrechte. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen“, will Granold

notfalls den Europäischen Gerichtshof einschalten. Wolfgang Reichel, Umweltdezernent der Stadt Mainz und Mitglied der Fluglärmkommission, erklärte hingegen, er hoffe auf das Bundesverwaltungsgericht Leipzig, das in anderen Entscheidungen

„die Menschen in den Vordergrund gestellt“ habe. Man müsse erreichen, dass Gemeinden nicht direkt überflogen werden. Zudem müsse eine Gesamtlärmstudie erarbeitet werden.

Die Zuhörer konnten sich dafür nicht erwärmen. „Wir brauchen keine Studie – wir hören den Lärm jeden Tag und jede Nacht“, klang es aus dem Auditorium. Eher sah man eine Chance darin, mehrere Flugstrecken, die im Sechs-Stunden-Rhythmus alternativ beflogen werden, auszuweisen und dadurch den Lärm zu verteilen. „Parteiübergreifend müssen alle an einem Strang ziehen und alles daransetzen, dass lärmarme Verfahren eingesetzt werden“, mahnte Landtagsabgeordnete Dorothea Schäfer. Dietrich Elsner, Sprecher der Fluglärminitiative Mainz-Lerchenberg, rief schließlich dazu auf, sich als betroffene Bürger zu Wort zu melden: „Wir müssen uns solidarisieren. Es geht um die Lebensqualität unserer Kinder und Enkel.“